



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Florian Siekmann, Christian Hierneis, Susanne Kurz, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Eskalation um das Studierendenwerk München aufklären!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag dankt dem Verwaltungsratsvorsitzenden des Studierendenwerks München Dr. Paul Siebertz für sein 27-jähriges Engagement und bedauert seinen Rücktritt.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen mündlichen Bericht mit Gelegenheit zur Debatte zu geben und insbesondere auf folgende Fragestellungen einzugehen:
 - Wie kam die Staatsregierung zu der Meinungsänderung bzgl. einer Mittelbezuschussung für die Sanierung der Studierendenstadt in dem Sinne, dass die ursprünglich geforderten 24 Mio. Euro des Studierendenwerks München als utopisch dargestellt wurden, schlussendlich jedoch 32 Mio. Euro freigegeben wurden, nun allerdings nicht direkt an das Studierendenwerk? Wie geht die Staatsregierung mit dem Vorwurf um, das Sanierungsprojekt damit effektiv verschleppt zu haben?
 - Weshalb hat sich die Staatsregierung hier nicht im Vorfeld mit dem Studierendenwerk als Eigentümer der Gebäude abgestimmt? Was sagt die Staatsregierung zu dem Vorwurf, sie habe das Studierendenwerk damit in eine schwierige Verhandlungsposition gebracht?
 - Wie substantiiert die Staatsregierung den Vorwurf der „Misswirtschaft“ und den justiziablen Vorwurf der Untreue? Sind hierzu strafrechtliche Ermittlungsverfahren anhängig?
 - Wie hat sich die Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk München seitens des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst in den vergangenen Jahren entwickelt?

Begründung:

Wie unter anderem der Süddeutschen Zeitung vom 7. Juni 2023 zu entnehmen ist, ist der Streit zwischen dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst und dem Studierendenwerk München weiter eskaliert. Als Reaktion auf Verhalten und Äußerungen aus dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst hat der langjährige Vorsitzende des Verwaltungsrates Dr. Paul Siebertz, der dem Gremium immerhin 27 Jahre vorsah, seinen Rücktritt zum 1. Juli 2023 des Jahres erklärt. Dem vorangegangen waren zahlreiche unabgesprochene Handlungen des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst, die ausweislich Dr. Siebertz und das Studierendenwerk München in eine deutlich schlechtere Verhandlungsposition versetzt haben als noch zuvor. Letzte Eskalationsstufe waren schließlich in den vergangenen Wochen Vorwürfe der Misswirtschaft und

der Untreue vonseiten des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst und von Staatsminister Markus Blume persönlich. Insgesamt stellt es sich so dar, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Staatsministerium und Studierendenwerk seit der Amtsübernahme durch Staatsminister Markus Blume deutlich verschlechtert habe.

Der Landtag sollte daher in einem ersten Schritt Dr. Siebertz für 27 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit als Verwaltungsratsvorsitzender danken. In dieser Zeit hat er die Arbeit des Studierendenwerks München eng begleitet und viel Zeit und persönliches Engagement in diese Tätigkeit gelegt, um gute Rahmenbedingungen für Studierende in München und Oberbayern zu schaffen.

Darüber hinaus ist es erforderlich, dass die Staatsregierung umgehend dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst über die im Raum stehenden Vorwürfe Bericht erstattet. Insbesondere müssen Ungereimtheiten zwischen der ursprünglichen Aussage, es stehe kein Geld zur Verfügung, und dem späteren tatsächlichen Handeln der Staatsregierung, die nun sogar mehr Geld zur Verfügung gestellt hatte – allerdings nicht für das Studierendenwerk selbst – erklärt werden. Auch fehlende Abstimmungen zwischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst und Studierendenwerk, die mutmaßlich zu einer Verschleppung der weiteren Sanierung geführt haben, müssen aufgeklärt werden. Schließlich muss die Zusammenarbeit der beiden Institutionen, die sich offenkundig in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert hat und nun in justiziablen Vorwürfen gipfelt, dringend dem Ausschuss dargestellt und einem kritischen Blick unterzogen werden.